

INFORMATIONEN

zur Wirtschaftsentwicklung
und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH,
Frankfurt/Main

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Nr. 1/1988 – März

Der mit der zyklischen Krise von 1980/1982 begonnene Konjunkturzyklus ist 1987 ausgelaufen. Die Wirtschaft der Bundesrepublik steht am Beginn einer neuen Phase der Rezession, eines konjunkturellen Abschwungs.

Dies spiegelt sich zunächst in der Entwicklung des Sozialprodukts als zusammenfassendem Ausdruck der wirtschaftlichen Aktivitäten wider. Für 1988 wird zwar allgemein nochmals mit einem leichten Zuwachs des Bruttosozialprodukts gerechnet, 1988 soll dieses um etwa ein Prozent höher ausfallen als 1987. Dieser geringe Zuwachs im Jahresdurchschnitt ist aber Folge des statistischen „Wachstumsüberhangs“ am Jahresende 1987 – im Jahresverlauf bedeutet dies Stagnation oder leichter Rückgang des Sozialprodukts.

Vor allem die Entwicklung der industriellen Auftragseingänge, die etwa seit Mitte 1987 nach unten gerichtet ist, deutet auf den Beginn einer neuen Rezession hin. Die Investitionen steigen nicht mehr, der 1987 nur noch langsame Anstieg der Beschäftigtenziffern ist zum Stillstand gekommen. Die Erzeugung im produzierenden Gewerbe ist schon 1987 etwas zurückgegangen.

Trotzdem spricht derzeit die Mehrzahl der Faktoren dafür, daß die neue Rezession zumindest 1988 recht milde ausfallen wird. Vor allem bildet der private Verbrauch angesichts niedriger Preissteigerungsraten und einer gewissen Steuerentlastung (welche allerdings merklich nur die obere Hälfte der Einkommensskala betrifft) eine konjunkturelle Stütze, welche einem raschen Nachfragerückgang entgegenwirkt.

Ungewißheit beinhaltet die Lage der kapitalistischen Weltwirtschaft. In den USA konnte bislang ein konjunktureller Einbruch vermieden werden. Der Verfall des Dollarkurses hat die US-Exporte stimuliert, die 1987 kräftig zugenommen haben. Gleichzeitig zeichnet sich in Japan ein verstärktes, wirtschaftspolitisch stimuliertes Wachstum der Binnenmärkte ab. So wird zwar der Spielraum für die BRD-Exporte insgesamt enger, die Konkurrenz insbesondere aus dem Dollar-Raum wird schärfer, ein Exporteinbruch ist aber derzeit nicht sichtbar. Risiken sind allerdings mit der krisenhaften Lage in vielen Ländern der Dritten Welt verbunden, welche insbesondere eine Folge der Verschuldung ist.

Im Mittelpunkt des Konjunkturzyklus im Kapitalismus steht die Investitionstätigkeit. Die Investitionen in der BRD haben im Verlauf des letzten Zyklus kaum zugenommen, nur in den exportorientierten Investitionsgüterbereichen ist es zu Kapazitätserweiterungen in großem Umfang gekommen. Angesichts außerordentlich hoher Gewinne im Unternehmenssektor, auch bei Teilen der kleinen und mittleren Unternehmen, muß daher nur in einzelnen Bereichen mit kräftigen Kürzungen der Investitionsvorhaben gerechnet werden. Rationalisiert wird weiterhin. Aus diesem Grunde ist ein scharfer Einbruch der Investitionsnachfrage gegenwärtig nicht absehbar.

Die staatliche Finanzpolitik ist schon im Zuge der Konjunkturverlangsamung im vergangenen Jahr in neue Finanzierungsschwierigkeiten geraten. Das Defizit im Bundeshaushalt wird aller Voraussicht nach 1988 die Marke von 40 Milliarden noch übersteigen, der Haushalt der Bundesanstalt für Arbeit ist seit Jahresbeginn ebenfalls wieder im Minus. Es besteht die Gefahr, daß unter dem Druck der wachsenden Finanzierungslücke von der Bundesregierung neue „Sparoperationen“ eingeleitet werden. Zwar wird für das laufende Jahr der konjunkturbedingte Anstieg des öffentlichen Defizits wohl toleriert, schon für 1989 aber sind Verbrauchsteuererhöhungen angekündigt. Eine Neuaufgabe der „Konsolidierungspolitik“ von 1980 bis 1983 würde die gesamtwirtschaftlichen rezessiven Tendenzen aber derart verstärken, daß im weiteren Verlauf des zyklischen Abschwungs ein scharfer, kumulativer Produktions-, Nachfrage- und Beschäftigungseinbruch zu befürchten wäre.

Einer solchen Gefahr muß binnenwirtschaftlich durch eine aktive Beschäftigungspolitik, durch merkliche Arbeitszeitverkürzungen und weitere Reallohnverbesserungen im Rahmen der gewerkschaftlichen Tarifpolitik rechtzeitig entgegengewirkt werden.

Schon jetzt ist absehbar, daß die neue Rezession selbst bei einem flachen Verlauf die Arbeitslosigkeit erneut deutlich erhöhen wird. Denn während die Zahl der Erwerbspersonen 1988 um etwa 120 000 Personen ansteigt, wird die Zahl der Arbeitsplätze im besten Fall stagnieren bzw. leicht sinken. Es ist also zu erwarten, daß

schon unter günstigen konjunkturellen Annahmen die Arbeitslosigkeit um annähernd 150 000 Betroffene ansteigt. Bei etwa 3,4 Millionen (registrierte Arbeitslose und stille Reserve) im Jahresdurchschnitt 1987 kann am Jahresende 1988 leicht die Ziffer von vier Millionen erreicht werden. Eine durchaus nicht auszuschließende Verschärfung des zyklischen Abschwungs im weiteren Verlauf aber würde diese Prognosen völlig über den Haufen werfen und eine neue Runde im sozialen Abstieg großer Teile der Bevölkerung einleiten.

INHALT

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Die kapitalistische Weltwirtschaft
- 1.2 Sozialprodukt
- 1.3 Produktion
- 1.4 Wichtige Industriebranchen
- 1.5 Investitionen
- 1.6 Außenwirtschaft

2. Unternehmergewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmergewinne
- 2.2 Konzentration

3. Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Löhne und Gehälter
- 3.2 Preise
- 3.3 Steuern
- 3.4 Staatshaushalt
- 3.5 Einkommensverteilung
- 3.6 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

ende 1987 wird dies aber auch für den Jahresdurchschnitt einen leichten statistischen Zuwachs von etwa einem Prozent bedeuten. Dies ist keine neue Erscheinung: So setzte die zyklische Krise von 1980/82 schon recht deutlich im Frühjahr 1980 ein, trotzdem ergab sich im Jahresdurchschnitt von 1980 noch ein realer BSP-Zuwachs von eineinhalb Prozent. Entscheidend ist, daß der konjunkturelle Wendepunkt, der Übergang in eine neue zyklische Krisenphase, schon Anfang 1988 liegt.

1.3 Produktion

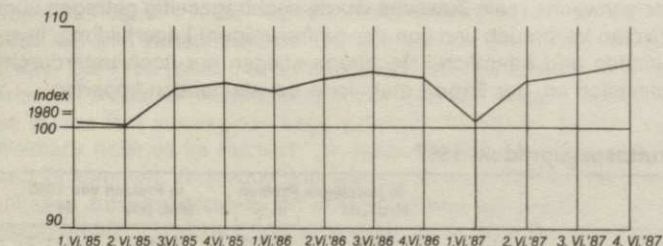
Ab Mitte des vergangenen Jahres hat die Erzeugung im produzierenden Gewerbe nur noch minimal zugenommen. Auf längere Sicht betrachtet überwiegt sogar seit Mitte 1986 eine stagnative Tendenz. Zwar konnte der Produktionseinbruch von Ende 1986/Anfang 1987 bis Mitte 1987 wieder ausgeglichen werden, der zyklische Produktionshöhepunkt von Mitte 1986 aber wurde nicht mehr wesentlich überschritten.

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe¹

1986				1987			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
104,4	105,1	105,8	105,1	102,8	105,0	105,3	106,3

1 Index 1980 = 100
2 Vorläufig
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Saisonbereinigter Produktionsindex im produzierenden Gewerbe



IMSF

Unterstrichen wird das langsame Tempo der Produktionszunahme im Bereich der Erzeugung materieller Güter durch die Feststellung, daß Ende 1987 der entsprechende Produktionshöhepunkt des letzten Zyklus, dem ersten Vierteljahr 1980, nur um drei Prozent überschritten war. Gegenüber dem Tiefpunkt der letzten zyklischen Krise im letzten Quartal 1982 errechnet sich ein Anstieg um etwa 15 Prozent.

Erzeugung im produzierenden Gewerbe¹

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
100,0	97,8	94,9	95,5	98,7	102,6	104,8	104,8

1 Index 1980 = 100
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Die Schwäche in der Entwicklung der materiellen Produktion ist allerdings statistisch überzeichnet. Derzeit findet ein Strukturwandel im Bereich der materiellen Produktion statt, bei dem Funktionen der Planung, der Administration und Organisation ein größeres Gewicht erhalten – die Bedeutung der „produktionsbezogenen Dienstleistungen“ also zunimmt. Da diese Funktionen teilweise durch formell selbständige Unternehmen erbracht werden, wird ihre Tätigkeit in der amtlichen Statistik in den Bereich „Dienstleistungen“ gezählt. So entsteht der Eindruck, als vollziehe sich derzeit ein rascher Wandel zur „Dienstleistungsgesellschaft“, obwohl es in Wirklichkeit um einen Wandel in den Produktionsmethoden der materiellen Erzeugung geht. Dies festzuhalten ist deshalb wichtig, weil die materielle Produktion selbst als Kernprozeß des konjunkturellen

len Zyklus sonst in ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung unterschätzt wird. Die produktionsbezogenen Dienstleistungen bleiben unmittelbar an die Dynamik der materiellen Produktion gebunden, wenn auch überlagert durch den Trend des Strukturwandels hin zu größerer Bedeutung dieser Dienste.

Bezogen aufs Jahr ist die Produktion schon 1987 minimal gesunken. Im zweiten Halbjahr war der Vorjahresstand nur knapp übertroffen, wobei auf kurze Sicht auch der Einfluß der milden Witterung im Winter 1987/88 zu berücksichtigen ist. Diese stützt das Produktionsergebnis in den Wintermonaten.

Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹

	August	September	Oktober	November	Dezember ²
Insgesamt	+2,4	+0,3	-2,0	+3,9	+4,2
Grundstoffe und Produktionsgüter	+4,2	+0,6	+0,3	+4,3	+7,2
Investitionsgüter	+2,7	+1,7	-2,0	+4,6	+4,1
Verbrauchsgüter	+5,9	+0,5	-3,1	+4,3	+5,7

1 1987 in % gegenüber dem Vorjahr
2 Vorläufig
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Deutlicher als die Industrieproduktion zeigen derzeit die industriellen Auftragseingänge, daß inzwischen rezessive Tendenzen die Oberhand gewonnen haben. Zwischen August und Dezember 1987 sind die monatlichen Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe um etwa zehn Prozent zurückgegangen.

Saisonbereinigter Index des industriellen Auftragseingangs¹

1986				1987			
1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
109	109	109	106	104	107	112	108

1 Volumen, Index 1980 = 100
(Quelle: Deutsche Bundesbank, Saisonbereinigte Wirtschaftszahlen, lfd.)

Während der Rückgang bei den Auslandsaufträgen relativ verhalten blieb, verzeichnen die Inlandsaufträge einen scharfen Einbruch, der insbesondere die Investitionsgüterbestellungen betrifft: Der inländische Investitionsprozeß erlahmt sichtlich. Verursacht ist der besonders scharfe Rückgang im Dezember allerdings auch durch die Pkw-Bestellungen, die in der Industriestatistik zum Investitionsgüterbereich gezählt werden.

Im Vorjahresvergleich liegen die Auftragseingänge allerdings noch höher, was wesentlich mit dem erwähnten Einbruch Ende 1986 (z. T. witterungsbedingt) zu tun hat.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹

	Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter	Investitionsgüter	Verbrauchsgüter
August	+7,4	+1,3	+10,5	+8,1
September	+3,6	+3,3	+4,4	+1,8
Oktober	+1,2	+2,0	+2,3	-2,2
November	+8,3	+9,8	+8,0	+7,1
Dezember ²	+5,1	+8,2	+3,5	+6,3

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr, zu jeweiligen Preisen
2 Vorläufige Zahlen
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Sowohl bei der industriellen Produktion als auch bei den industriellen Auftragseingängen erweisen sich die Verbrauchsgüterindustrien derzeit noch als vergleichsweise stabil. Nach wie vor ist die Verbrauchskonjunktur vergleichsweise günstig, während die Investitionskonjunktur bereits abwärts gerichtet ist.

1.4 Wichtige Industriebranchen

In der Mehrheit der großen industriellen Sektoren wird 1988 mit einem Rückgang von Produktion und Beschäftigung gerechnet. Während die Ertragslage selbst in den ausgesprochenen Krisenbranchen überwiegend günstig ist, ist man hinsichtlich des Absatz

zes skeptisch. Ein scharfer Einbruch wird allerdings bislang nirgends erwartet.

Die Absatzlage in der **eisenschaffenden Industrie** ist keineswegs besonders schlecht. Die Rohstahlerzeugung ist 1987 um gut zwei Prozent auf 36,3 Millionen Tonnen zurückgegangen. Für 1988 wird mit einer weiteren leichten Produktionseinbuße gerechnet. Dies hängt überwiegend mit der Außenhandelsentwicklung zusammen, während der inländische Stahlverbrauch in etwa stagniert. Während die Importe nur langsam sinken, gehen die Exporte vergleichsweise kräftig zurück. Es ist allerdings festzuhalten, daß die Eisen- und Stahlindustrie auch 1987 noch einen kleinen Exportüberschuß verzeichnet. Die akuten Beschäftigungsprobleme dort müssen daher im Kern auf die Rationalisierungsstrategie der Stahlunternehmen (die inzwischen überwiegend zu Maschinenbaukonzernen geworden sind) zurückgeführt werden. Daß die „Erfolge“ dieser Maßnahmen derzeit noch nicht voll durchschlagen, zeigt die Entwicklung der Arbeitsproduktivität: Seit 1980 steigt die Produktion je Beschäftigtenstunde um etwa 1,5 Prozent jährlich, weniger also als im Durchschnitt der Gesamtindustrie (+ 3,2 Prozent).

In der **chemischen Industrie** hat sich die Produktion 1987 um etwa zwei Prozent erhöht, eine Entwicklung, die sich nach den Erwartungen des Wirtschaftsverbandes auch 1988 fortsetzen soll. Die chemische Industrie profitiert sowohl ertrags- als auch absatzmäßig vom Dollarverfall. Denn die Rohstoffe werden dadurch verbilligt, während die Exporte in den Dollarraum angesichts hoher Auslandsinvestitionen in den USA keine große Bedeutung haben. Die ohnehin sehr hohen Erträge der großen Chemiekonzerne konnten 1987 nochmals etwas verbessert werden. Die Renditen dürften – wie ein Überblick für den Hoechst-Konzern zeigt – derzeit einen historischen Nachkriegshöchststand erreicht haben, wobei die Tatsache bemerkenswert ist, daß diese Situation bereits seit 1984 anhält.

Sehr deutlich hat sich im **Maschinenbau** ein „Stimmungsumschwung“ vollzogen. Schon 1987 ist die Produktion um etwa drei Prozent zurückgegangen, und 1988 soll sich der Rückgang fortsetzen. Entscheidend für den Umschwung ist die Exportsituation – mehr als die Hälfte der Produktion der Branche geht in die Ausfuhr. Aber auch die Inlandsnachfrage hat sich deutlich abgeschwächt, wobei die Branchenkrisen bei Kohle und Bauwirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Die Beschäftigung ist wieder rückläufig. Die konjunkturelle Schwäche im Maschinenbau spiegelt den Charakter der gegenwärtigen Konjunktursituation sehr deutlich wider: Lediglich der Konsum stellt derzeit noch eine gewisse Stütze dar, wobei die Kapazitätsreserven aber auch in den konsumabhängigen Branchen immer noch hoch genug sind, so daß der Zuwachs der privaten Nachfrage dort keine Erweiterungsinvestitionen auslöst.

In der **elektrotechnischen Industrie** haben sich die Absatzerwartungen vor allem im Investitionsgüterbereich etwas verschlechtert. Im Jahre 1987 errechnet sich noch ein minimales Produktionsplus, die Abschwächung der Auftragseingänge in den letzten Monaten läßt es aber zweifelhaft erscheinen, ob das gegenwärtige Produktionsniveau im laufenden Jahr gehalten werden kann. Ein scharfer Einbruch ist allerdings kaum zu erwarten, da die Elektroindustrie in ihrem Investitionsgüterbereich überdurchschnittlich von der Rationalisierung profitiert und sich die Nachfrage nach elektrotechnischen Verbrauchsgütern angesichts der relativ stabilen Verbrauchskonjunktur auf einem hohen Niveau bewegen wird. Die Beschäftigung wird aber wieder abgebaut werden. „Abgefedert“ wird der zyklische Beschäftigungseinbruch im Metallbereich durch die Arbeitszeitverkürzung auf 37,5 Wochenstunden, die am 1. April 1988 in Kraft tritt. Geplante Entlassungen dürften dadurch teilweise verhindert werden – dies zeigen die Erfahrungen mit dem ersten Schritt der Arbeitszeitverkürzung von 1985. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß diese erste Stufe auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche damals in eine Phase der aufwärtgerichteten Konjunktur fiel, Neueinstellungen von den Unternehmen daher eher vorgenommen wurden.

Mit besonderen Sorgen blicken die Konjunkturprognostiker auf die **Automobilindustrie**, welche wegen ihres großen Gewichts in hohem Maße die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflusst. 1987 konnte nochmals ein leichtes Produktionsplus von knapp zwei Prozent erreicht werden, wobei einem leichten Zuwachs im Pkw-Bereich

reich ein kräftiger Einbruch im Nutzfahrzeugbereich gegenüberstand. Bei rückläufigen Exporten und stagnierenden Importen war allein der Zuwachs bei den Inlandsbestellungen dafür verantwortlich. 1988 wird mit einem deutlichen Produktionsrückgang von etwa fünf Prozent gerechnet – rückläufige Exporte, steigende Importe und sinkende inländische Neuzulassungen schränken die Absatzmöglichkeiten der exportabhängigen Branche (Exportquote von 55 Prozent) ein. Die Wechselkursverschiebungen haben insbesondere den Absatz hochwertiger Pkw im Dollarraum erschwert, während sie gleichzeitig den Import von Pkw aus den südostasiatischen Schwellenländern erleichtern, die ihre Währungen am Dollarkurs orientieren. Nachdem zwischen 1984 und 1987 die Beschäftigtenzahl in der Automobilindustrie um etwa 30 000 angestiegen ist – wesentlich ein Ergebnis der Arbeitszeitverkürzungen – überwiegt inzwischen wieder ein rückläufiger Beschäftigungstrend.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹

	2. Vj. 1987	3. Vj. 1987	Oktober	November
Produzierendes Gewerbe insges.	-1,4	-0,6	-0,5	+2,6
Eisenschaffende Industrie	-3,4	-0,7	-1,4	+2,2
Chemische Industrie	+1,0	+5,2	+3,4	+5,9
Maschinenbau	-3,5	-7,0	-3,0	+4,3
Straßenfahrzeugbau	-0,2	+2,0	+2,5	+4,6
Elektrotechnik	-0,2	-1,1	-3,3	-1,1
EDV-Geräte	-4,1	+7,5	+3,1	+8,3
Textilgewerbe	-1,9	-0,6	-2,5	+1,2
Bekleidungsgewerbe	-5,2	-5,5	-8,4	-4,4
Bauhauptgewerbe	-4,4	-4,8	-3,8	-3,0

1 In % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsbericht, lfd.)

Wenig konnten die **Textil- und Bekleidungsindustrien** von der stabilen Inlandsnachfrage profitieren. Die Textilindustrie bewerkstelligt einen raschen Strukturwandlungsprozeß, der bei trendmäßig knapp stagnierender Produktion (1987 wurde noch 95 Prozent der Menge von 1980 erzeugt) auf massive Rationalisierung, Konzentration und Exporte setzt. 1987 haben sich die Außenhandelsbedingungen stark verschlechtert (Rückgang der Exporte bei steigenden Importen), so daß trotz günstiger Verbrauchskonjunktur der Absatz um insgesamt ein Prozent zurückgegangen ist. In der noch stärker kleinbetrieblich organisierten Bekleidungsindustrie sank die Erzeugung um etwa viereinhalb Prozent, dort wurde 1987 weniger als 80 Prozent der Menge von 1980 erzeugt. In beiden Bereichen wird sich der Produktions- und Absatzrückgang auch 1988 fortsetzen, in der Textilindustrie eher etwas verstärkt.

In der **Bauwirtschaft** ist die Erzeugung entgegen den Erwartungen auch 1987 zurückgegangen. Dabei sank die Produktion im Bauhauptgewerbe um etwa fünf Prozent, lediglich im Ausbaugewerbe ergab sich ein deutlicher Zuwachs. Entscheidende Ursache für die Bauschwäche ist die Situation im Wohnungsbau. 1987 wurden etwa 220 000 Wohnungen fertiggestellt – angesichts von etwa 190 000 Baugenehmigungen wird die Fertigstellung 1988 auf unter 200 000 sinken. Im Bauspitzenjahr 1983 waren 714 000 Wohnungen errichtet worden. Inzwischen dürften die Fertigstellungen nicht mehr ausreichen, um den Abgang voll zu ersetzen.

Während der Wirtschaftsbau die Produktion noch leicht ausdehnte, ging sie im öffentlichen Bau schon wieder leicht zurück.

Die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe ist 1988 erstmals unter eine Million gesunken. Unter Einschluß des Ausbaugewerbes sind derzeit noch etwa 1,2 Millionen Erwerbstätige in der Bauwirtschaft beschäftigt – jährlich gehen dort etwa 40 000 Arbeitsplätze verloren. Zwischen 1980 und 1987 hat die Zahl der Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft um rund 300 000 abgenommen. Bei einem erwarteten Produktionsrückgang von mindestens einem Prozent im laufenden Jahr wird sich der Beschäftigungsabbau – überwiegend rationalisierungsbedingt – auch 1988 unvermindert fortsetzen.

Im **Einzelhandel** hat sich – wie schon 1986 – auch 1987 die stabile Kaufkraftentwicklung niedergeschlagen. Nach einer langen Periode von Absatzeinbußen bzw. -stagnation sind die Umsätze 1986 und 1987 auch real deutlich angewachsen.

Reale Einzelhandelsumsätze¹

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
	+0,2	-1,7	-3,6	+0,9	+0,4	+0,7	+3,6	+2,0

¹ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)

Die Beschäftigung ist nicht weiter gesunken, auch für das kommende Jahr wird bei – allerdings weiter verlangsamt – steigenden Absatzziffern mit stagnierenden Beschäftigungszahlen gerechnet. Dabei ist jedoch einzukalkulieren, daß gerade im Einzelhandel überdurchschnittlich viel Teilzeitarbeit geleistet wird.

1.5 Investitionen

Das Hauptmerkmal des abgelaufenen Konjunkturzyklus ist die ausgeprägte Investitionsschwäche. Die gesamtwirtschaftlichen Investitionen liegen 1988 real nicht über dem Stand von 1980.

Gesamtwirtschaftliche Investitionen

	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988 ²
Anlageinvestitionen									
insgesamt	+2,8	-4,8	-5,3	+3,2	+0,8	+0,1	+3,1	+1,5	+1,0
Ausrüstungen	+2,6	-4,3	-6,7	+5,6	-0,5	+9,4	+4,1	+4,2	+2,5
Bauten	+2,9	-5,1	-4,3	+1,7	+1,6	-5,6	+2,4	-0,4	-0,5

¹ Reale Veränderung in Prozent
² Prognose des DIW
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/1988; DIW-Wochenbericht, 1-2/1988)

Obwohl die Unternehmensinvestitionen sich etwas günstiger entwickelten als die öffentlichen Investitionen und die Investitionen im Dienstleistungsbereich etwas günstiger als die industriellen Investitionen, gilt das Merkmal der Investitionsschwäche für fast alle wichtigen Sektoren. Ausnahmen sind die Elektroindustrie, die Bundespost und das Kreditgewerbe. Die rasche Rationalisierung und der Trend zur „Monetisierung“ der wirtschaftlichen Aktivitäten wirken sich dort positiv aus.

Die etwas kräftigere Expansion bei den Dienstleistungsunternehmen wird durch die Zunahme des Anlagenleasing überzeichnet: Zwischen 1980 und 1987 hat der Anteil „geleaster“ Anlagen in der Gesamtwirtschaft von 5,5 auf 9,5 Prozent zugenommen. Da die Leasingunternehmen zu den Dienstleistungsunternehmen gezählt werden, werden die von ihnen vermieteten Pkw und Lkw, Bürohäuser, Computer und sonstigen Einrichtungen dort als Investitionen verbucht, obwohl sie zumeist in der Industrie, im Handel und bei den Privaten (Pkw-Leasing) benutzt werden.

Investitionsentwicklung nach Wirtschaftsbereichen

Bereich	Anlageinvestitionen in Preisen von 1980				
	Mrd. DM 1986	1985	1986	1987	1988 ²
Land- und Forstwirtschaft	8,0	-1	-2-3	-5	-4
Energie, Bergbau	19,1	-2-3	-8	2	-4
Verarbeitendes Gewerbe	62,9	14	8	4	0
Baugewerbe	4,1	-7	12-13	2	0
Handel	14,3	-2	-3	12	3
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	31,6	10	0-1	5	4-5
Dienstleistungsunternehmen	64,5	2	6	3	3
Wohnungsvermietung	80,4	-10	-2	-3-4	0
Staat	45,3	0	7	1	-2
Alle Wirtschaftsbereiche	330,2	0	3	1-2	0-1
darunter Unternehmen ¹	204,4	5	4-5	3-4	1

¹ Ohne Wohnungsvermietung
² Investitionstest d. Ifo-Instituts
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 35-86/87)

Obwohl die Investitionen 1988 minimal höher ausfallen sollen als 1987, ist der Investitionszyklus derzeit ausgelaufen. Dies zeigen die Auftragseingänge der wichtigsten Investitionsgüterbereiche, die seit Mitte 1987 nach unten gerichtet sind. Vor allem die inländischen Investitionsgüterbestellungen sind rückläufig.

Allerdings scheint der bevorstehende Rückgang der Investitionstätigkeit zunächst eher verhalten zu verlaufen. Dafür spricht insbesondere die Tatsache, daß der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten auf einem relativ hohen Niveau verharrt.

Kapazitätsauslastung in der Industrie¹

Jahr	März	Juni	September	Dezember
1983	75,8	78,3	78,8	80,5
1984	81,1	76,5 ²	82,3	82,6
1985	82,9	84,5	84,4	85,1
1986	84,3	84,7	85,0	84,6
1987	83,6	84,1 ²	84,5	85,0

¹ In % der betrieblichen Vollausslastung
² Verzerrung durch Arbeitskämpfe
(Quelle: Ifo-Schnelldienst)

Dies ist wesentlich der vergleichsweise günstigen Lage in den konsumnahen Bereichen zu verdanken, während die Auslastung in den Investitionsgüterindustrien schon seit einem Jahr tendenziell sinkt.

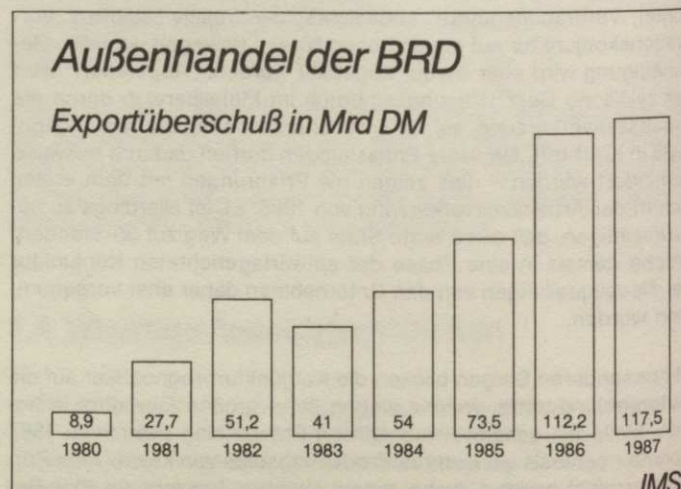
1.6 Außenwirtschaft

Die Bundesrepublik erzielte 1987 mit 117,5 Milliarden DM den höchsten Überschuß im auswärtigen Warenhandel in ihrer Geschichte. Der Außenbeitrag, d. h. der Anteil des Exportüberschusses am BSP, verharrte auf dem extrem hohen Stand von 5,8 Prozent. Dieser erneute Anstieg war aber – wie schon im Vorjahr – überwiegend preisbedingt. Die Einfuhren stiegen nämlich volummäßig um 5,4 Prozent an, die Ausfuhren dagegen nur um 2,9 Prozent. Da aber die Einfuhrwerte erneut um ungefähr 6 Prozent zurückgingen, während die Ausfuhrpreise nur um 2,7 Prozent sanken, kam es wiederum zu einem Einkommenstransfer zugunsten der Bundesrepublik.

Außenhandel der BRD

	Exporte		Importe		Saldo in Mrd. DM
	in Mrd. DM	% ¹	in Mrd. DM	% ¹	
1980	350,3	+11,4	341,4	+16,9	+8,9
1981	396,9	+13,3	369,2	+8,1	+27,7
1982	427,8	+7,8	376,6	+2,0	+51,3
1983	432,3	+1,2	390,4	+2,9	+42,0
1984	488,2	+13,0	434,2	+11,2	+54,0
1985	537,1	+10,0	463,8	+6,8	+73,4
1986	526,4	-2,0	414,2	-10,7	+112,2
1987	527,0	+0,1	409,5	-1,0	+117,5

¹ In % gegenüber dem Vorjahr, Warenhandel
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Iff.)



Die schon bislang einseitige Länderstruktur des Außenhandels der BRD hat sich noch stärker ausgeprägt, was allerdings auch mit dem Preisverfall im Rohstoffhandel zusammenhängt. Inzwischen entfallen 86 Prozent der Exporte und 83 Prozent der Importe auf die „industrialisierten westlichen Industrieländer“, darunter jeweils knapp 53 Prozent auf die zwölf EG-Staaten. Deutlich zurückgegangen (um rund zehn Prozent) sind die Ausfuhren nach Nordamerika, auch die Einfuhren sind etwas gesunken. Rückläufig ist auch der Warenaustausch mit den Entwicklungsländern (inklusive OPEC) und den sozialistischen Ländern. Immerhin zeigt diese Struktur, wie wichtig Westeuropa (insgesamt entfällt etwa 70 Prozent des BRD-Außenhandels auf Westeuropa) für die Ökonomie der Bundesrepublik ist. Rund 85 Milliarden DM hoch ist der Überschuß, der im Handel mit diesen Ländern erwirtschaftet wird.

Neben dem unmittelbaren Warenhandel spielen im internationalen Austausch zunehmend auch „Dienstleistungen“ und „Übertragungen“ eine Rolle, wobei diese Kategorien aber sehr unterschiedliche Sachverhalte zusammenfassen.

In der Bilanz der „Dienstleistungen“ ist der wichtigste Posten der Tourismus: Touristenausgaben im Ausland werden behandelt wie ein entsprechender Dienstleistungsimport; ein zunehmend wichtiger Posten sind die Kapitalerträge; schließlich werden auch die Ein- und Ausgaben im Zusammenhang mit der Stationierung ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik in der Dienstleistungsbilanz zusammengefaßt. Zwischen 1983 und 1986 war das traditionelle Defizit der Dienstleistungsbilanz stark geschrumpft, 1984 und 1985 wurde sogar ein leichter Überschuß erwirtschaftet. Dies dürfte vor allem mit der Zunahme der „Einnahmen von ausländischen militärischen Dienststellen“ zusammenhängen, welche mit der Aufwertung des Dollars ausgedehnt wurden. Seit 1986, im Zuge der Abwertung des Dollars, gehen die entsprechenden Einnahmen wieder etwas zurück, die Dienstleistungsbilanz wird wieder stärker defizitär.

Die Bilanz der „Übertragungen“ stellt vor allem jene Einnahmen und Ausgaben gegenüber, die „unentgeltlich“ sind, d. h. denen keine unmittelbaren Gegenleistungen entsprechen. Die wichtigsten Posten sind dabei die Geldüberweisungen der ausländischen Arbeitskräfte in ihre Heimat und Zahlungen an internationale Organisationen, wobei vor allem Zahlungen an die NATO und die EG ins Gewicht fallen. Die Bilanz ist hoch defizitär, allerdings in den letzten Jahren mit rückläufiger Tendenz. Die Heimatüberweisungen gehen zurück, während die Zahlungen an internationale Organisationen steigen.

Diese drei Einzelbilanzen (Handelsbilanz, Dienstleistungsbilanz und Übertragungsbilanz) zusammengefaßt, bilden die Leistungsbilanz. Diese weist ebenfalls einen hohen Überschuß auf.

Saldo der Zahlungsbilanz¹

	1985	1986	1987
Leistungsbilanz	+47,6	+82,4	+79,5
- Warenhandel	+73,4	+112,6	+117,5
- Dienstleistungen	+4,8	-1,2	-8,5
- Übertragungen	-29,1	-27,1	-28,2
Kapitalbilanz	-55,4	-78,0	-48,4
- Langfristig	-13,6	+35,7	-23,7
- Kurzfristig	-41,7	-113,6	-23,7
Veränderung der Devisenreserven	-1,3	+2,8	+31,9

¹ In Millionen DM, + bedeutet Geldzustrom, - Geldabfluß
(Quelle: Deutsche Bundesbank)

Neben den internationalen Zahlungsströmen, die in irgendeiner Form etwas mit realer wirtschaftlicher Aktivität zu tun haben, stehen andere internationale Geldbewegungen, die der Anlage von renditeträchtigem Kapital oder der Spekulation auf Wechselkursveränderungen geschuldet sind. Diese Zahlungen werden in der Kapitalbilanz zusammengefaßt: Dort werden die Im- und Exporte von Kapital gegenübergestellt. Die Zahlungsströme wechseln sehr rasch, dabei ist zu berücksichtigen, daß dabei unterschiedliche Motive eine Rolle spielen. Direktinvestitionen dienen in der Regel der Verankerung in Auslandsmärkten, andere langfristige Kapitalanlagen sind an internationalen Renditeunterschieden orientiert. Kurzfristige Kapitalanlagen spekulieren häufig auf Wechselkursverschiebungen.

Die Kapitalbilanz der BRD ist seit 1982 hoch defizitär, d. h., es wird per saldo Kapital exportiert.

Leistungsbilanz und Kapitalbilanz zusammengefaßt ergeben die Zahlungsbilanz, die sämtliche grenzüberschreitenden Zahlungsvorgänge erfaßt. Es ist allerdings einschränkend anzumerken, daß dies nur sehr unzureichend gelingt, daß internationale Zahlungen vielfach hinter dem Rücken der Behörden getätigt werden.

Besonderes Interesse gilt mit Recht der Entwicklung der Direktinvestitionen. Denn diese sind langfristige Kapitalanlagen im Ausland mit Folgen sowohl für die Entwicklung des Außenhandels als auch für die Entwicklung der Dienstleistungsbilanz. Wie bereits oben beschrieben, werden die transferierten Gewinne aus ausländischen Kapitalanlagen als Einnahmen im Rahmen der Dienstleistungsbilanz verbucht. Hohe Direktinvestitionen (Kapitalexport) bewirken also auf Sicht eine Tendenz der Aktivierung der Leistungsbilanz.

Westdeutsche Direktinvestitionen¹

	Insbesamt in Mrd. DM	Anteile in Prozent Industrieländer	Entwicklungsländer
1970	3,5	76,3	23,7
1975	5,2	71,6	28,4
1980	8,2	86,7	13,6
1981	9,8	76,6	23,3
1982	9,8	77,5	22,5
1983	7,8	70,2	29,8
1984	9,3	85,0	15,0
1985	13,6	97,3	2,6
1986	11,2	94,0	6,0
1987 ²	7,1	94,0	6,0

¹ Jährliche Nettotransferleistungen, d. h. Bruttokapitalexporte in Form von Direktinvestitionen abzüglich Rückflüsse aus Auflösung von Beteiligungen usw.

² 1. Halbjahr
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 13/1986, S. 4/5; Pressemitteilungen)

1987 sind die Direktinvestitionen wieder sehr deutlich angestiegen. Der entsprechende Saldo lag allein im ersten Halbjahr 1987 mit etwa sieben Milliarden DM rund doppelt so hoch wie im gleichen Vorjahreszeitraum.

Der Bestand an Direktinvestitionen der Bundesrepublik im Ausland dürfte Ende 1987 etwa eine Größe von 150 Milliarden DM erreicht haben, während die ausländischen Direktinvestitionen in der BRD bei etwa 90 Milliarden DM liegen. Bezogen aufs Jahr 1985 hatte die BRD einen Anteil von etwa acht Prozent an der Gesamtsumme der ausländischen Direktinvestitionen der Welt von 1 640 Milliarden DM.

2. Unternehmervergewinne und Konzentration

2.1 Unternehmervergewinne

Entgegen den Erwartungen haben sich die Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auch 1987 weiter erhöht, und wieder kräftiger als die entsprechenden „Einkommen aus unselbstständiger Tätigkeit“. Dies, obwohl die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, wie oben gezeigt, deutlich schwächer verlaufen ist als ursprünglich erwartet. Dies hängt u. a. damit zusammen, daß der

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	Brutto		Netto	
	Mrd. DM	v. H. ¹	Mrd. DM	v. H. ¹
1980	304	-1,9	242	-0,8
1981	304	0,0	245	1,3
1982	321	5,5	259	5,7
1983	365	13,8	305	17,7
1984	404	10,6	340	11,4
1985	430	6,5	358	5,4
1986	472	9,8	399	11,3
1987	494	4,6	424	6,3

¹ In v. H. gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Iff.)

durch die Verbesserung der internationalen Austauschverhältnisse („Terms of Trade“), d. h., vor allem den erneuten Rückgang der Importpreise erweiterte inländische „Verteilungsspielraum“ ganz überwiegend von den Unternehmen genutzt wurde.

Während die Kaufkraft der „Kapitaleinkommen“ (Gewinne plus Abschreibungen) zwischen 1980 und 1987 um mehr als 40 Prozent angestiegen ist, verharteten die Investitionen der Unternehmer auf einem niedrigen Niveau. Gerechnet zu festen Preisen (von 1980) lagen die Bruttoanlageninvestitionen der Unternehmen 1987 mit etwa 288 Milliarden DM um weniger als zwei Prozent über dem Stand von 1980. Die nun wirklich nicht mehr zu übersehende Tatsache, daß eben steigende Gewinne keine steigenden Investitionen nach sich gezogen haben, veranlaßt die Propagandisten dieser These zu dem Eingeständnis „Die Argumentationskette ‚höhere Gewinne = mehr Investitionen‘ ist zu kurz geraten“. So zum Beispiel Otto Schlecht, Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, im „Handelsblatt“ vom 4. 2. 1988. Hohe Gewinne seien zwar eine notwendige Voraussetzung für mehr Investitionen, aber keine ausreichende: Jetzt käme es darauf an, auch „die Erwartungen zu stabilisieren“, d. h., „die Unsicherheit abzubauen“. Dazu werden vor allem zwei Instrumente vorgeschlagen: Die „Deregulierung“ von Märkten, d. h., vor allem die Privatisierung von öffentlichen Vermögen und „eine leistungs- und wachstumsfreundliche Steuer- und Abgabepolitik“. Der letztere Punkt beinhaltet nichts anderes als die Fortsetzung der Umverteilungspolitik – interessanter ist die verstärkte Akzentsetzung auf den Bereich der „Deregulierung“. Daß „mehr Markt statt mehr Staat“ gleichzeitig mehr „Sicherheit“ für die Unternehmen bringe, wurde erst vor wenigen Monaten drastisch widerlegt: Der Börsenkrach vollzog sich eben u. a. wegen der „deregulierten“ internationalen Finanzmärkte. Ebenso wenig ist einsichtig, daß die „Liberalisierung der Fernmeldemärkte“ und die Einführung des „Dienstleistungsabends“, die „Vollendung des europäischen Binnenmarktes“ und die „Überprüfung des Kartellgesetzes“ mehr Sicherheit in die Investitionsperspektiven der Unternehmen bringen wird. Das Gegenteil ist der Fall: Das hier von Schlecht ausgebreitete Panorama konservativer wirtschaftspolitischer Ziele läuft auf eine verstärkte Monopolbildung hinaus. Denn nur wenige Multis sind in der Lage, sich auf den so „deregulierten“ Märkten zu behaupten. Privatisierung in den skizzierten Dimensionen bedeutet, bislang öffentliches Eigentum dem Zugriff weniger finanzstarker Konzerne und Banken zu eröffnen. Gefördert werden dadurch neue Finanzinvestitionen, aber keineswegs zusätzliche Realkapitalanlagen.

Ähnlich verhält es sich mit der Forderung nach dem „europäischen Binnenmarkt“ und nach der „Entwicklung freier Weltmärkte“: Angesichts des Vorsprungs der größten Konzerne und Banken im Internationalisierungsprozeß werden dadurch nur den finanzkräftigen Monopolen Spielräume eröffnet. Nur diejenigen Einzelkapitale werden sich auf den „deregulierten“ und „internationalisierten“ Märkten behaupten, die über entsprechende Marktanteile, Finanzreserven und polit-ökonomische Einflußmöglichkeiten verfügen. Es zeichnet sich gegenwärtig ab, daß sowohl auf dem Gebiet der Sozial- und Tarifpolitik (Stichwort: „Flexibilisierung“) als auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik (Stichwort: „Deregulierung“) neue Akzente gesetzt werden. Stärker als in der ersten Hälfte der achtziger Jahre geht es nun um qualitative Veränderungen in den Beziehungen zwischen „Staat“ und „Wirtschaft“ bzw. zwischen „Arbeit“ und „Kapital“: Rein quantitative Verschiebungen, wie sie insbesondere in dem rapiden Anstieg der Gewinne bei sinkenden Lohnanteilen und in der steuerlichen Entlastung der Unternehmen zum Ausdruck kommen, behalten ihre Bedeutung für die konservative Orientierung; verstärkt geht es nun um die Auflösung gewachsener gesellschaftlicher Strukturen mit dem Ziel, die Dynamik der gesellschaftlichen Entwicklung „stromlinienförmig“ an die rasch wechselnden Bedürfnisse der privaten Kapitalverwertung anzupassen. Auf internationalisierten Märkten ist dies aber identisch mit einer forcierten Förderung des Konzentrationsprozesses.

2.2 Konzentration

Die Unternehmenslandschaft, sowohl in der Bundesrepublik als auch auf den internationalen Märkten, ist im Umbruch. Die Herausbildung neuer, rasch wachsender Märkte im Zuge der Rationalisierung und die Internationalisierung bilden die beiden zentralen Ori-

entierungspunkte, an denen sich der Konzentrationsprozeß ausrichtet.

Daß der „Umbruch der Unternehmenslandschaft“ weitgehend identisch ist mit Konzentration zeigen schon die quantitativen Indikatoren. 1987 wurden vom Bundeskartellamt mehr als 900 meldepflichtige Fusionen registriert. Die Zahl der Insolvenzen ging zwar erstmals merklich zurück, lag aber noch immer deutlich höher als am Beginn des letzten Konjunkturaufschwungs.

Insolvenzen und Fusionen

Jahr	Insolvenzen	Fusionen
1960	2689	22
1969	3578	168
1974	7722	318
1980	9144	635
1981	11653	618
1982	15877	603
1983	16056	506
1984	16760	575
1985	18876	709
1986	18842	802
1987	17589	über 900

(Quelle: Statistisches Jahrbuch, lfd; Pressemeldungen)

Dabei zeigt sich, daß der Konzentrationsprozeß verschiedene Facetten hat.

Am spektakulärsten sind die Großfusionen und Übernahmekämpfe, bei denen Monopole kooperieren, fusionieren oder neu aufgeteilt werden. Diese Ereignisse haben in aller Regel internationale Dimensionen. Beispiele aus den jüngsten Monaten sind u. a. der Aufkauf von Standard Elektrik Lorenz (SEL), den Unterhaltungselektronikteil des erst im letzten Jahr entstandenen französisch-amerikanischen Alcatel-Konzerns, durch den finnischen Elektronikmulti Nokia. Daimler-Benz, der größte bundesdeutsche Industriekonzern, ist mit einer Minderheitsbeteiligung von vier Prozent beim französischen Rüstungskonzern „Matra“ eingestiegen. Noch ungeklärt ist die Beteiligungsabsicht von Daimler-Benz am Flugzeugkonzern Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB). Daimler möchte zuvor, daß die derzeitigen und zu erwartenden Verluste des Airbus durch öffentliche Subventionsgarantien abgedeckt werden. Außerdem soll staatlich garantiert werden, daß die geplanten Rüstungsprojekte „Jäger 90“ und „Panzerabwehrhubschrauber PAH 2“ bald in Fertigung gehen. Die Ereignisse um die Fusionspläne Daimler-MBB sind ein schönes Beispiel dafür, wie sich das Kapital „Deregulierung“ vorstellt.

Neben den Großfusionen mit zumeist internationalen Dimensionen vollzieht sich aber auch weiterhin der Aufkauf kleiner und mittlerer Unternehmen durch große Konzerne, wobei derzeit vor allem der zum Teil technologisch hochentwickelte, aber immer noch mittelbetrieblich strukturierte Maschinenbau eine große Rolle spielt.

In den letzten Monaten haben sich hier vor allem die ehemaligen Stahlkonzerne Mannesmann, Hoesch, Krupp und Thyssen hervorgetan, die sich kleinere und mittlere Betriebe des Elektroniksektors gekauft haben – nebenbei mit Mitteln, die sie der großzügigen Subventionierung von Stilllegungen im Stahlbereich verdanken. Es würde zu weit führen, alle Neuerwerbungen der jüngeren Vergangenheit hier aufzuzählen. Bei diesen Aufkäufen entstehen allerdings keine „Ersatzarbeitsplätze“ – es sind Finanzinvestitionen. Schließlich darf nicht übersehen werden, daß sich in manchen Bereichen auch noch ein „traditioneller“ Konzentrationsprozeß vollzieht, dessen Hauptzweck die Vergrößerung von Marktanteilen ist. Ein Beispiel dafür ist der Konzentrationsprozeß im Einzelhandel der Bundesrepublik. Gescheitert ist das Bundeskartellamt mit seinem Einspruch gegen die Fusion zwischen Asko und Massa: Es hat bei seinen Verbotsverfügungen nachzuweisen, daß die betreffenden Fusionen zu „marktbeherrschenden“ Situationen führen – welche von den Gerichten aber erst ab Marktanteilen von einem Drittel des Umsatzes bejaht werden. Dramatisch hat sich die Lage auch im Lebensmittel Einzelhandel verändert. Gab es 1960 noch 210 000 Lebensmittelgeschäfte, so waren es Ende 1987 noch rund 73 000. Bis zum Jahr 2000 wird ein weiterer Rückgang auf 60 000 Geschäfte erwartet. Derzeit entfällt auf die 50 größten Konzerne gut 80 Prozent

des Gesamtumsatzes von knapp 160 Milliarden DM. Etwa vierzig Prozent der Lebensmittelumsätze entfallen auf die fünf größten Handelsgesellschaften, nämlich Aldi, Rewe Leibbrand, Coop, Tengelmann und Asko.

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Die tariflichen Arbeitseinkommen haben sich 1987 um etwa 3,4 Prozent erhöht. Gegenüber dem Vorjahr ist das Tempo der Einkommensverbesserungen nur wenig gesunken. Allerdings zeichnet sich für das laufende Jahr eine niedrigere Rate ab, da insbesondere in der Metallindustrie und in der Chemieindustrie langfristige Tarifverträge abgeschlossen wurden, die 1988 Einkommensverbesserungen von zwei bzw. zweieinhalb Prozent vorsehen.

Tariflohn- und -gehaltsniveau¹

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
+6,7	+5,5	+4,0	+3,3	+2,8	+2,7	+3,5	+3,4

¹ Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Gleichzeitig haben die Gewerkschaften neue Tarifverträge über eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit abgeschlossen. Die tarifliche Wochenarbeitszeit ist zum 31. 12. 1987 auf durchschnittlich 38,9 Stunden gesunken, das ist 24 Minuten kürzer als ein Jahr zuvor. Seit 1984 ist die Wochenarbeitszeit für 9,8 Millionen Beschäftigte, das sind 54 Prozent der von DGB-Tarifverträgen erfaßten Personen, unter 40 Stunden verkürzt worden. Diese Arbeitszeitverkürzungen haben den Arbeitsmarkt – nach den Ergebnissen verschiedener Untersuchungen – um etwa 150 000 bis 200 000 zusätzlich Beschäftigte entlastet. Die Beschäftigungswirksamkeit der Wochenarbeitszeitverkürzung ist wissenschaftlich kaum noch umstritten. Allerdings ist anzumerken, daß die faktischen Beschäftigungseffekte – wie erwartet – niedriger sind als die rein rechnerischen Arbeitszeitverkürzungen.

Da die Preise auch 1987 nur geringfügig angestiegen sind, haben sich die realen Nettoarbeitseinkommen je Beschäftigten („Reallöhne“) weiter erhöht.

Reallohnentwicklung¹

	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988 ²
Bruttolohn- und -gehaltssumme	+2,1	+1,5	+3,2	+3,8	+5,0	+3,7	+3,5
Nettolohn- und -gehaltssumme	+1,0	+0,5	+1,9	+2,4	+5,3	+2,4	+3,5
Je Beschäftigten	+2,9	+2,2	+1,8	+1,6	+4,2	+1,7	+3,5
Inflationsrate	+5,3	+3,3	+2,4	+2,2	-0,2	+0,2	+1,0
Realeinkommen je Beschäftigten	-2,4	-1,1	-0,6	-0,6	+4,0	+1,5	+2,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
² Prognose des DIW
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 1/87; DIW-Wochenbericht 1-2/87)

1986/87 hat es also eine deutliche Steigerung der Reallöhne gegeben – das Niveau von 1979 wurde aber nur knapp wieder erreicht. Erst im laufenden Jahr wird das Realeinkommensniveau von Ende der 70er Jahre wieder übertroffen werden. Angesichts immer noch niedriger Preissteigerungsraten und der Wirkungen der zweiten Stufe der Steuerreform, welche den 1987 wieder recht kräftigen Zugriff der Steuerprogression mindert, ist davon auszugehen, daß der Reallohnanstieg sich im laufenden Jahr in etwa im Ausmaß des Vorjahres fortsetzt.

3.2 Preise

Auch am Beginn des neuen Jahres bleibt die „Inflationsrate“, d. h. der Abstand des Index der Lebenshaltung gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat, niedrig. Im Januar 1988 lag dieser Wert bei

nur 0,7 Prozent. Dies hängt zunächst mit den niedrigen Mineralölpreisen zusammen. Leichtes Heizöl kostete im Januar 1988 20 Prozent weniger als ein Jahr zuvor, selbst Benzin war noch 5,6 Prozent billiger. Stabil bleiben aber auch die Nahrungsmittelpreise, der Index war im Januar nur um 0,2 Prozent höher als im Vorjahr. Durch die niedrigen Mineralöl- und Nahrungsmittelpreise werden kräftige Preiserhöhungen an anderer Stelle überdeckt: Die Mieten waren im Januar 1988 um 1,8 Prozent teurer, Dienstleistungen und Reparaturen um 2,3 Prozent, öffentliche Verkehrsmittel 5,6 Prozent.

Ausgewählte Preisindizes¹

	Lebenshaltung	Industriepreise	Landwirtschaftliche Erzeugerpreise	Einzelhandelspreise	Importpreise
1980	+5,5	+7,6	+1,6	+5,4	+17,1
1981	+5,9	+7,7	+6,0	+5,3	+14,0
1982	+5,3	+5,7	+3,6	+4,8	+1,5
1983	+3,0	+1,5	-1,5	+2,4	0,0
1984	+2,4	+2,9	-1,2	+2,1	+6,0
1985	+2,2	+2,2	-3,6	+1,4	+1,5
1986	-0,2	-3,0	-5,7	-0,1	-18,9
1987	+0,2	-2,2	-3,3	+0,4	-6,5

¹ Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Ein wichtiger Faktor der inneren Preisstabilität sind die niedrigen Rohstoffpreise. Zwar sind die nichtenergetischen Rohstoffe im letzten Jahr wieder etwas teurer geworden, der Preis für Energierohstoffe aber ist gesunken. Die Bundesrepublik hat infolge des Dollarkursverfalls zunächst von den etwas gestiegenen Rohstoffpreisen nichts gespürt. Erst seit der leichten Erholung des Dollarkurses ab Anfang Februar sind die Einkaufspreise merklich gestiegen.

Weltrohstoffpreise

	VWD-Index ¹	Ohne Energierohst.	HWVA-Index ² Mit Energierohst.
1981	175	136	241
1982	162	118	229
1983	193	123	209
1984	213	125	205
1985	188	112	197
1986	137	116	143
1987	122	123	148
Januar 1988	130	143	151

¹ Auf DM-Basis, Index 1972 = 100
² Auf Dollar-Basis, Index 1975 = 100
(Quelle: Frankfurter Allgemeine v. 4. 1. 1988)

In welchem Maße die Wechselkursstärke der DM und die niedrigen Rohstoffpreise der Bundesrepublik genutzt haben, macht der Index der „Terms of Trade“ deutlich, welcher ausdrückt, wie sich die reale Kaufkraft der deutschen Exporteinnahmen verändert hat.

Terms of Trade der BRD¹

1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	Dez. 1987
100	93,4	96,9	98,5	96,3	97,5	112,2	118,8	124,2

¹ Index 1980 = 100
(Quelle: Wirtschaft u. Statistik, lfd.)

Im Dezember erhielt die BRD für ihre Exporteinnahmen also fast ein Viertel mehr Importwaren als 1980. Im Verlauf von 1988 wird es allerdings zu einer leichten Belebung der Inflation kommen. Der Dollarkurs scheint sich bei etwa 1,70 DM zu stabilisieren, die Rohstoffpreise dürften zumindest nicht mehr zurückgehen. Vor allem im Bereich der öffentlichen Gebühren sind kräftige Preisanhebungen vollzogen worden bzw. geplant. Die Wohnungsmieten werden voraussichtlich – u. a. wegen Veränderungen im Berechnungsmodus der „Kostenmiete“ im sozialen Wohnungsbau – eher kräftiger ansteigen. Trotzdem scheint derzeit ein erneutes Aufflammen der Inflation wenig wahrscheinlich. Die wachsenden Absatzprobleme dürften den Preisauftrieb auf der Verbraucherebene in Grenzen halten.

3.3 Steuern

Die Lohnsteuerprogression hat im Jahre 1987 nochmals kräftig zugefaßt. Die Lohnsteuerabzüge sind mehr als doppelt so stark angestiegen wie die Bruttoeinkommen, die durchschnittliche Abgabenbelastung hat mit 33,5 Prozent einen neuen Spitzenwert erreicht.

Arbeitseinkommen und Abgaben¹

	Bruttolohn- und -gehaltssumme	Abzüge Lohnsteuer	Abzüge Sozialbeiträge	insgesamt	Nettolohn- und -gehaltssumme
1981	+ 4,2	+ 3,8	+ 7,0	+ 5,2	+ 3,8
1982	+ 2,1	+ 4,9	+ 5,0	+ 4,9	+ 1,0
1983	+ 1,5	+ 3,8	+ 3,2	+ 3,8	+ 0,5
1984	+ 3,2	+ 5,9	+ 5,3	+ 5,9	+ 1,9
1985	+ 3,8	+ 6,7	+ 5,7	+ 6,7	+ 2,4
1986	+ 5,0	+ 4,3	+ 5,9	+ 4,3	+ 5,3
1987	+ 3,7	+ 6,5	+ 4,1	+ 6,5	+ 2,4
1988 ²	+ 3,5	+ 3,0	+ 4,5	+ 3,5	+ 3,5

¹ Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

² Schätzung auf Basis der Prognose des DIW
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.; DIW-Wochenbericht 1-2/1988)

1988 ist die zweite Stufe der Steuerreform 1986-90 in Kraft getreten, die ein Gesamtentlastungsvolumen von knapp 14 Milliarden DM mit sich bringt. Wichtigste Maßnahmen sind:

– Eine weitere Anhebung des Grundfreibetrags um 216/432 DM auf 4752/9504 DM für Ledige/Verheiratete. Das Entlastungsvolumen dieser Maßnahme von etwa 1,4 Milliarden DM kommt allen Einkommensteuerzahlern (nicht aber Beziehern von Sozialeinkommen) gleichmäßig zugute.

– Die Absenkung der Steuerprogression. Das Entlastungsvolumen von 11,5 Milliarden DM kommt progressiv den Einkommensteuerzahlern mit einem Bruttojahreseinkommen von über etwa 25 000/50 000 DM zugute. Ein Ehepaar, das zusammen brutto etwa 50 000 DM nach Hause bringt, profitiert lediglich von der Senkung des Grundfreibetrags in Höhe von 94 DM im Jahr.

– Verbesserung der Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Betriebe in Höhe von 500 Millionen DM Entlastungsvolumen.

Während die erste Stufe der Steuerreform von 1986 vor allem den Familien mit Kindern Entlastungen gebracht hat – wobei „natürlich“ die Entlastung um so größer war, je höher das Einkommen – wirkt die zweite Stufe der Reform sozial extrem ungleichmäßig.

Entlastungswirkung 1988 gegenüber 1986 in DM/Jahr

	Bruttojahres-einkommen 1988	Steuerentlastung 1988 gegenüber Tarif 1986 Alleinstehend	Verheiratet, 2 Kinder
Angelernter Arbeiter	21 000	47	94
Durchschnittsverdiener	40 000	524	94
Angestellter	63 000	1600	314
Manager	170 000	2977	4702
Arzt	210 000	2977	5396
Fabrikant	610 000	2976	5954

(Quelle: Bundesfinanzministerium; eigene Berechnungen)

Vor allem die Tatsache, daß Einkommensteuerzahler mit niedrigen bis hin zu mittleren Einkommen lediglich wenige Mark aus der Erhöhung des Grundfreibetrags erhalten, muß als sozialer Skandal betrachtet werden. Auch steigen die Beitragssätze der Krankenversicherungen um durchschnittlich 0,2 Prozent, so daß in den unteren Einkommensgruppen von der minimalen Steuerentlastung oft gar nichts übrigbleiben dürfte. Nur die obere Hälfte der Einkommensskala kann spürbare Verbesserungen registrieren. Da dort aber die Sparquote ebenfalls höher ist, wird sich der Nachfrageeffekt der Steuerreform in Grenzen halten.

3.4 Staatshaushalt

Die Finanzierung des Bundeshaushalts ist im Zuge der Konjunkturverlangsamung in neue Schwierigkeiten geraten. War ursprünglich für 1988 eine Nettokreditaufnahme des Bundes in Höhe von 29 Milliarden DM geplant, so wird nun von 40 Milliarden gesprochen. Und selbst diese Summe muß gegenwärtig als optimistische Annahme gelten.

Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt;

1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987	1988
37,4	37,2	31,5	28,3	22,4	22,3	27,5	40

1 In Milliarden DM

(Quelle: Bundesfinanzbericht 1988; Pressemeldungen)

Der rasche Anstieg des Defizits wird u. a. damit begründet, daß der geplante Bundesbankgewinn – wegen des Dollarverfalls – völlig ausfällt, während ursprünglich von Einnahmen in Höhe von 6 Milliarden DM ausgegangen worden war. Dabei sollte nicht vergessen werden, daß die „Konsolidierungserfolge“ zwischen 1981 und 1986 vor allem mit dem Anstieg des Bundesbankgewinns von 2,3 Milliarden 1981 auf 12,7 Milliarden 1986 zusammenhängen. Die zweite „unerwartete“ Zusatzbelastung hängt mit neuen Anforderungen im Rahmen der EG zusammen, die um etwa vier Milliarden höher ausfallen werden als ursprünglich erwartet. Noch unberücksichtigt geblieben ist die Tatsache, daß in den den Haushaltsplanungen für 1988 zugrundeliegenden Steuerschätzungen das zu erwartende wirtschaftliche Wachstum zu hoch angesetzt ist. So nimmt das Bundesfinanzministerium in seiner Steuerschätzung von Ende 1987 noch an, daß das nominale Brutto sozialprodukt 1988 um etwa vier Prozent zunehmen wird. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) z. B. geht in seiner Prognose aber nur von drei Prozent aus.

Gemessen an den deklarierten Zielen hat die Finanzpolitik auf der ganzen Linie versagt. Die Investitionsausgaben des Bundeshaushalts haben nominal kaum zugenommen, sie sind real eher weiter zurückgegangen. Dies war sowohl aus strukturellen (hoher Bedarf an sozialen und ökologischen Infrastrukturinvestitionen) als auch aus konjunkturellen Gründen schädlich. Diese „Sparpolitik“ ist begründet worden mit der angeblichen Notwendigkeit, die öffentliche Verschuldung zu reduzieren. Dieses Ziel der „Sparpolitik“ erweist sich nun ebenfalls als hochgradig verfehlt. Dabei wäre es sicher völlig falsch, nun anklagend auf den „größten Schuldenmacher aller Zeiten“ zu verweisen. Nicht die hohen Schulden sind das Problem, sondern die Tatsache, daß die Bundesregierung es versäumt hat, rechtzeitig mit öffentlichen Ausgabenprogrammen und auch mit Kreditaufnahmen beschäftigungswirksame, sozial und ökologisch sinnvolle öffentliche Aktivitäten zu entfalten. Es wäre sowohl unter Arbeitsplatzgesichtspunkten als auch unter Bedarfsaspekten katastrophal, wenn nun die öffentliche Verschuldung als Hauptproblem hochstilisiert würde. Am Beginn einer neuen Rezession ist eine expansive Finanzpolitik erforderlich, selbst wenn das Finanzierungsdefizit noch weiter ansteigen sollte. Die Bundesregierung, die im Aufschwung mit dem Verweis auf die Notwendigkeit „solider“ Finanzpolitik Beschäftigungsprogramme abgelehnt hat, muß nun noch höhere Haushaltsungleichgewichte in Kauf nehmen, um nicht den konjunkturellen Abwärtstrend zu verschärfen. Sie hat zwar für 1988 signalisiert, daß sie keine zusätzlichen Ausgabenbeschränkungen verfügen wird, will aber schon 1989 durch Verbrauchsteuererhöhungen wieder „konsolidieren“. Da sich schon jetzt zusätzliche Defizite u. a. bei der Bundesanstalt für Arbeit auftun, muß vor einer neuen Runde unsozialer „Haushaltsoperationen“ (wie 1980 bis 1983) gewarnt werden. Sie bergen die Gefahr, die beginnende schwache Rezession 1989 in eine tiefe Krise zu verwandeln.

3.5 Einkommensverteilung

Auch 1987 war wieder festzustellen, daß die realen Arbeitseinkommen zwar ähnlich stark wie das reale Sozialprodukt angestiegen sind, daß aber trotzdem der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, also die Lohnquote, gesunken ist. Dies hängt mit der bereits oben erwähnten Tatsache zusammen, daß im Rahmen des Außenhandels eine Umverteilung zugunsten der Bundesrepu-

blik (und zu Lasten anderer Länder) stattgefunden hat – dadurch wurde der binnenwirtschaftliche Verteilungsspielraum erweitert. Diese Erweiterung kam aber ganz überwiegend den Unternehmen und Selbständigen zugute.

Lohnquoten¹

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²	Nettolohn- und -gehaltssumme Tatsächliche Lohnquote	Bereinigte Lohnquote ²
1960	60,1	60,1	43,7	43,7
1970	68,0	62,9	45,0	41,7
1975	73,1	66,1	44,2	40,0
1980	73,5	64,9	42,4	37,5
1981	74,4	65,6	42,6	37,6
1982	73,8	65,2	41,8	37,0
1983	71,6	63,5	40,0	35,5
1984	70,5	62,5	38,7	34,3
1985	69,5	61,6	37,6	33,3
1986	68,8	60,8	37,3	32,9
1987	68,6	60,6	36,8	32,5

¹ Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen

² Bei konstant gehaltenem Anteil der Abhängigen an den Erwerbstätigen 1960
(Quellen: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1; Wirtschaft und Statistik, 1/1988)

Der rapide Verfall der Lohnquote hat sich fortgesetzt. Dabei drückt die Bruttolohnquote den Kostenstandpunkt der Unternehmen aus, d. h. ihr Rückgang spiegelt die kostenmäßige Entlastung der Unternehmensabschlüsse wider. Die Nettolohnquote dagegen besagt etwas über die Einkommenslage der Lohnabhängigen im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung. Die „bereinigten“ Werte sind fiktiv: Sie werden unter der Annahme berechnet, daß sich die zahlenmäßige Relation zwischen selbständigen Erwerbstätigen und Lohnabhängigen seit 1960 nicht verschoben hat. Tatsächlich aber ist diese Relation von 77,2 Prozent (Anteil der abhängig Beschäftigten an der Zahl der Erwerbstätigen) im Jahre 1960 auf 87,4 Prozent 1987 angestiegen, d. h. im Jahre 1960 „teilten“ sich 22,8 Prozent der Erwerbstätigen (nämlich die Selbständigen und mithelfenden Familienangehörigen) in den Anteil von 39,9 Prozent des Volkseinkommens – 1987 entfiel auf 12,6 Prozent der Erwerbstätigen ein Volkseinkommensanteil von 31,4 Prozent. Klammert man den Einfluß der sinkenden Selbständigenzahl aus, so ergibt sich, daß der so bereinigte Anteil der „Arbeitnehmer“ 1987 bei 60,5 Prozent liegt, gegenüber 60,1 Prozent im Jahre 1960. Der relative Verteilungsgewinn, den die Gewerkschaften in der Phase der annähernden Vollbeschäftigung (1961 bis 1973) durchsetzen konnten, ist also vollständig dahingeschmolzen. Da im gleichen Zeitraum die Lohnsteuer- und Sozialabgabenbelastung markant angestiegen ist, ist die bereinigte Nettoquote um mehr als zehn Prozentpunkte unter den Stand von 1960 gefallen.

3.6 Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Die Zahl der Beschäftigten hat im Jahresverlauf von 1987 weiter zugenommen, allerdings mit sich stark abschwächender Dynamik. Im vierten Quartal dürfte der Beschäftigungsanstieg zum Stehen gekommen sein. Für 1988 wird eine Stagnation bzw. ein leichter Rückgang erwartet.

Erwerbstätigkeit¹

	1980	1981	1982	1983
Insgesamt	26 278	26 092	25 651	25 262
Abhängig Beschäftigte	22 959	22 817	22 378	21 988
Selbständige ²	3 319	3 275	3 273	3 274
	1984	1985	1986	1987 ³
Insgesamt	25 283	25 452	25 702	25 857
Abhängig Beschäftigte	22 017	22 186	22 431	22 584
Selbständige ²	3 266	3 266	3 271	3 273

¹ In 1000 Personen

² Einschließlich mithelfender Familienangehörige

³ Vorläufige Zahlen

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, lfd.)

Damit hat die Erwerbstätigkeit seit dem Tiefpunkt im Jahre 1983 zwar um knapp 600 000 zugenommen, der Beschäftigungshöhepunkt des vorangegangenen Zyklus aber wurde um etwa 420 000 verfehlt. Der abwärtsgerichtete Trend der Beschäftigung hat sich also weiter fortgesetzt.

Die registrierte Arbeitslosigkeit ist im Jahresdurchschnitt 1987 nur minimal höher gewesen als 1986, im Jahresverlauf aber ist eine deutliche Zunahme festzustellen: Am Jahresende 1987 wurden etwa 90 000 Arbeitslose mehr registriert als am Jahresende 1986.

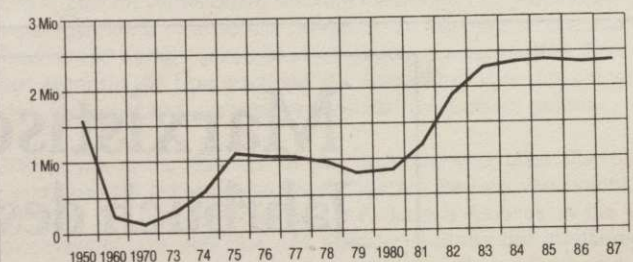
Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik¹

1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981
1074	1060	1030	993	876	889	1272
1982	1983	1984	1985	1986	1987	
1833	2258	2266	2304	2228	2229	

¹ Registrierte Arbeitslose, in 1000

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Arbeitslosigkeit in der BRD



IMSF

Obwohl der Winter 1987/88 sehr milde verlaufen ist, die Arbeitsausfälle insbesondere in der Bauwirtschaft also sehr gering waren, blieb die Winterarbeitslosigkeit insgesamt deutlich über dem Stand des Vorjahres, in dem es zu hohen witterungsbedingten Beschäftigungsproblemen gekommen war.

Arbeitsmarkt 1987/88

	Arbeitslose (1)	Arbeitslose (2)	Kurzarbeiter (1)	Kurzarbeiter (2)	Offene Stellen (1)	Offene Stellen (2)
Oktober	2093	+ 67	289	+ 54	171	+ 16
November	2133	+ 65	205	0	157	+ 12
Dezember	2308	+ 90	218	– 29	148	+ 7
Januar	2518	+ 21	310	– 118	161	+ 11

(1) in 1000 Personen

(2) Veränderungen in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, lfd.)

Während die Erwerbstätigenzahlen zwischen 1983 und 1987 zugenommen haben, ist das Arbeitsvolumen, gerechnet in geleisteten Arbeitsstunden, fast kontinuierlich zurückgegangen. 1988 werden etwa sechs Prozent weniger Arbeitsstunden geleistet als 1980.

Arbeitsvolumen und Arbeitszeit

	Arbeitsstunden ¹ in Millionen	Veränderung in Prozent ²	Tarifliche Arbeitszeit je Beschäftigten in Stunden ³
1980	45 942	+ 0,2	1789
1981	45 181	– 1,7	1780
1982	44 594	– 1,3	1780
1983	43 766	– 1,9	1772
1984	43 631	– 0,3	1761
1985	43 330	– 0,7	1735
1986	43 452	+ 0,3	1726
1987	43 373	– 0,2	1729
1988 ³	43 100	– 0,6	1725

¹ Jährlich

² Einschließlich Arbeitstageeffekt

³ Schätzung des IAB bei 1 % Wirtschaftswachstum

(Mittelungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 3/1987)

Dieser Rückgang ist überwiegend der Entwicklung der tariflichen Wochenarbeitszeit geschuldet, die zwischen 1980 und 1988 um eine Stunde gesunken ist. Die tarifliche Jahresarbeitszeit wurde immerhin um etwa 70 Stunden kürzer, mit Schwerpunkt in den Jahren ab 1985. Dies unterstreicht, wie dringlich eine Fortsetzung und Beschleunigung der Arbeitszeitverkürzung ist. Wäre z. B. die jährliche Arbeitszeit gegenüber 1980 nicht zurückgegangen, so hätte 1987 die Zahl von 43 100 Millionen Arbeitsstunden von etwa 24,6 Millionen Erwerbstätigen erbracht werden können – ungefähr 1,2 Millionen weniger als tatsächlich erwerbstätig waren.

Bei einem Rückgang der Arbeitszeit je Beschäftigten im bisherigen Umfang und einem Wirtschaftswachstum von ein Prozent (was, wie gezeigt, Stagnation im Jahresverlauf bedeutet) errechnet das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) einen Anstieg der Arbeitslosigkeit um etwa 150 000 Personen.

Arbeitsmarktbilanz 1987/88¹

	1987	1988
Erwerbspersonen	29 260	29 380
Erwerbstätige	25 850	25 820
Registrierte Arbeitslose	2 230	2 320
Stille Reserve	1 180	1 240
Arbeitslose insgesamt	3 410	3 560

1 In 1000 Personen

(Quelle: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 3/1987)

Stagniert die Wirtschaft auch 1989, dann würde es bei einem Anstieg der Arbeitsproduktivität je Stunde um zwei Prozent, einem Rückgang der Arbeitszeit je Beschäftigten um ein Prozent und einem Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen um 50 000 (dies basiert auf Schätzungen des IAB) zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitslosenzahlen um etwa 300 000 kommen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1.

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg.
Abschnitt 1.1 wurde von Elvio Dal Bosco verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 2. 1988. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der Nachrichten-Verlags-GmbH, Kurfürstenstr. 18, Postfach 9007 49, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 40,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreis 3,- DM, Jahresabonnement 12,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.

Marxistische Studien Jahrbuch des IMSF 13, 1987

Umbrüche: Beherrschbarkeit der Technik – Rationalisierungstyp und Technologiepolitik – Tendenzen politischer Kultur

Produktivkraftentwicklung:

Fortschritt, Deformation, Beherrschbarkeit

André Leisewitz

Wissenschaftlich technische Revolution und deformierte Produktivkraftentwicklung.

Alexander von Pechmann

Technischer Fortschritt – Umbruch im Weltbild?

Edgar Gärtner

Die Stabilisierung der Biosphäre. Über die Aufgaben der Ökologie vom Standpunkt des Marxismus.

Hans Mikosch

Komplexe Systeme in Natur und Technik – Probleme und Lösungsmöglichkeiten.

Bernhelm Booß-Bavnbek / Martin Bohle-Carbonell

Machbarkeit nichtbeherrschbarer Technik durch Fortschritte in der Erkennbarkeit der Natur.

Tendenzen im Produktivkraftsystem der BRD

Ulrich Dolata / Arno Gottschalk

Neue Technik – Rüstung – Destruktivkraftentwicklung.

Empirische Hinweise für die Bundesrepublik.

Horst Holzer

Der Weg der Bundesrepublik in die „Informationsgesellschaft“ – zu wessen Gunsten, auf wessen Kosten.

Neue Technik, Rationalisierung, Arbeit

Lothar Peter

Neue Formen der Rationalisierung. Industriosozilogische Analysen, Veränderungen der Arbeit und Herausforderungen für die Arbeiterbewegung.

Ursula Schumm-Garling

Neue Technik und Rationalisierung der Angestelltenarbeit.

Johanna Hund

„Neue Technik“ und Frauenarbeit.

Klassenauseinandersetzungen und technologiepolitische Positionen

Klaus Pickshaus

Das Flexibilisierungskonzept des Kapitals und die Perspektive des Kampfes um das Normalarbeitsverhältnis.

Rainer Eienkel / Gero von Randow

Rationalisierung und betriebliche Gegenmacht – Opel-Belegschaft im Umbruch.

Hellmuth Lange

Gewerkschaften und Technologiepolitik.

Werner Stürmann / Stephan Voets

Politik und Technologie. Zu Ausgangspunkten technologiepolitischer Alternativen und Strategien der Arbeiterbewegung.

Tendenzen politischer Kultur in der BRD

Friedhelm Kröll / Kaspar Maase

Politische Kultur – ein Forschungsweg des Marxismus?

Klaus Dörre

Die Krisengeneration – zwischen Massenprotest und konservativer Hegemonie.

Jochen Dietrich

Zwischen Stabilität und Wandel – Tendenzen im Wahlverhalten in der Bundesrepublik Deutschland.

Friedemann Schuster

Veränderungen im Sozialismusbild der

Bevölkerung der Bundesrepublik.

Eva Gottschaldt

Zur Einschätzung eines Ansprechpotentials für neofaschistische Agitation.

Vera Kissel

Rassistische Erneuerung des Konservatismus.

Eberhard Dähne / Martin Kutscha

Die Auseinandersetzung um die Volkszählung 1987 – Versuch einer Zwischenbilanz.

Diskussionen

Alma Steinberg

Die Linke und der Fortschritt. Diskussionskonferenz des IMSF.

Ulrich Dolata

Wissenschaftlich-technische Revolution und Krise des staatsmonopolistischen Kapitalismus. Tagungsbericht.

Hans-Georg Backhaus

Elementare Mängel in der traditionellen Rezeption der Marx'schen Form-Analyse. Bemerkungen anlässlich Band 12 der Marxistischen Studien „Internationale Marx-Engels-Forschung“.

429 Seiten, fester Einband, DM 38,—
Im Dauerbezug: Preisnachlaß 20 % und portofreier Versand

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF)
Oberlindau 15, 6000 Frankfurt am Main 1